



Der Rechtspfleger-Kurier

Aktuelles

vom
Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Ausgabe II/2023

Jahrgang 56

Die Themen

- ▶ Rechtspfleger – einzigartig unterbezahlt (S.1)
- ▶ Hauptverwaltungssitzung vom 27. Februar 2023 (S. 2)
- ▶ Im Gespräch mit dem Ministerium (S. 3/5)
- ▶ Trauer um Ehrenmitglied Karl Weiß (S. 6)
- ▶ Justizmedaille für Peter Hofmann (S. 7)
- ▶ Rollentausch – Herr Minister, bitte übernehmen Sie! (S. 8)
- ▶ Weitere Zusammenarbeit mit dem JVB (S. 9)

Rechtspfleger – einzigartig unterbezahlt!

Kaum einer kennt uns, doch fast ein jeder Bürger wird einmal in seinem Leben mit uns zu tun haben, den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern.

Als Beamte nehmen wir viele Aufgaben wahr, die früher von Richtern erledigt wurden. Daher entscheiden wir weitestgehend sachlich unabhängig und sind hierbei nicht an die Weisungen eines Vorgesetzten gebunden. Das macht uns einzigartig und unterscheidet uns von allen anderen Beamten in der dritten Qualifizierungsebene der weiteren Ressorts.

Schon seit langem fordert der Verband Bayerischer Rechtspfleger aufgrund der besonderen Verantwortung ein höheres Einstiegsamt als derzeit A9. Diese Forderung wird aufgrund einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts nun aktueller denn je, da hierdurch das sogenannte Abstandsgebot verletzt wird. Dieses besagt, dass die amtsbezogene Besoldung dem Leistungsprinzip entsprechend amtsangemessen sein muss. Nach dem abschließenden Urteil des Bundesarbeitsgerichtes sind alle Beschäftigten in Serviceeinheiten bei der Justiz in EG9 zu bezahlen.

„Es ist daher nicht mehr vorstellbar, dass auch Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger mit Abitur und einem dreijährigen Studium in der vergleichbaren Besoldungsgruppe A9 beginnen“ so Claudia Kammermeier, Vorsitzende des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e. V.

⇒ Zur vollständigen Pressemitteilung: [\(hier klicken\)](#)

Hauptverwaltungssitzung vom 27. Februar 2023 im Münchener Justizpalast und per Videokonferenz

Die diesjährige Hauptverwaltungssitzung fand am 27. Februar 2023 in mittlerweile etablierter hybrider Form statt. Immerhin schon 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bezirksverbände sowie Gäste waren dieses Jahr – nach langer Corona-Pause – wieder in Präsenz vor Ort.



Die Vorsitzende Claudia Kammermeier blickte zu Beginn auf das sehr ereignisreiche Geschäftsjahr zurück. Die neue Website des Verbands unter der Domain <http://www.rechtspfleger-bayern.de> konnte nach langer Planungszeit im Mai 2022 online gehen. Ein Schwerpunkt der Verbandsarbeit lag in zahlreichen Gesprächen mit den Fraktionen und besonderen Ausschüssen des Landtags sowie intensiver Jugend- und Anwärterarbeit. Auch letztes Jahr fand ein Treffen mit Staatsminister Georg Eisenreich statt. Über die Eingabe des Verbands zum Haushalt wurde bereits berichtet.

Daneben nahmen Vertreter des Landesvorstands an den großen Veranstaltungen in Berlin teil, insbesondere dem Rechtspflegertag sowie dem Gewerkschaftstag des dbb.

Ein Thema, dass uns auch in Zukunft noch sehr beschäftigen dürfte, war die Nachwuchswerbung und Anwärterbindung. An dieser Stelle sei nochmals auf unsere Werbevereinbarung mit der dbb-Vorteilswelt hingewiesen, bei der Neumitglieder und Werber nach Anmeldung einen 15-Euro-Wertgutschein erhalten. Zudem blickt der Verband mit Besorgnis auf den fehlenden Abiturjahrgang 2025 und den damit zu befürchtenden Verlust von LPA-Teilnehmern.

Was den Social-Media-Auftritt betrifft, so sind erneut alle Bezirksverbände aufgefordert, dem Vorstand geeignete Fotos und „Stories“ weiterzuleiten. Die mittlerweile 277 „Follower“ auf Instagram sind zwar erfreulich, aber noch deutlich ausbaufähig, so Vorstandsmitglied Alexander Hannes.

Die für den Delegiertentag vom 25. bis 27. September 2024 in Nürnberg bevorstehenden Satzungsänderungen konnten erfolgreich beschlossen werden damit der Verband in Zukunft flexibler und vor allem digitaler seine Mitglieder verwalten und betreuen kann. Der Vorstand steht daher bereits jetzt in intensivem Austausch mit dem Bezirksverband Nürnberg.

Erfreulich war die Wiederwahl der Jugend- und Studierendenbeauftragten des Verbands, Stefanie Stoll. Sie ist bereit die wichtige Tätigkeit fortzusetzen und nahm das Amt dankend an.

Im Gespräch mit dem Ministerium...

Den Fragen der Hauptverwaltung stellten sich im Anschluss an die Sitzung der Amtschef des Ministeriums Prof. Dr. Frank Arloth, der Leiter der Abteilung Personal Dr. Carsten Schulz, der für die Rechtspfleger zuständige Personalreferatsleiter Dr. Philipp Linden, die Leiterin des Referats D4a (Rechtspflegerrecht) Susanne Quadbeck, der Leiter des Referats B6 (e-Justice) Dr. Martin Wachter, der Leiter des Referats B1 (Haushalt) Dr. Wolfgang Hagen und Astrid Grunwald als Mitarbeiterin im Referat G3 (Nachwuchsgewinnung).



Bild v. links: Quadbeck, Dr. Wachter, Dr. Linden, Dr. Schulz, Prof. Dr. Arloth, Kammermeier, Grunwald.

Wie zur erfreulichen Gewohnheit geworden, begrüßte Amtschef Prof. Dr. Arloth die Teilnehmenden und berichtete von den erneut schwierigen Haushaltsverhandlungen 2023. Dieses Mal sei ein Schwerpunkt auf die Staatsanwaltschaften gelegt worden. Insgesamt sei Dank dem besonderen Engagement von Dr. Schulz ein vergleichsweise ordentliches Ergebnis für den Rechtspflegerbereich erzielt worden. Die 30 neuen zusätzlichen Stellen betreffen nicht das Eingangsamts, sondern A10 bis A13, so dass 75 weitere Beförderungsmöglichkeiten entstehen.

Haushaltsverhandlungen: 30 zusätzliche Rechtspfleg- erstellen

Auswirkungen des BAG-Urteils betreffend Eingruppierung der Serviceeinheiten

Zur Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 21. Dezember 2022 zum Thema Eingruppierung: Das BAG hatte in seinen Urteilen aus dem Jahr 2020 die Eingruppierung von Beschäftigten in einer Serviceeinheit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in die Entgeltgruppe 9 beziehungsweise 9a der Entgeltordnung zum TV-L bestätigt. Eine Umsetzung soll spätestens nach einer möglichen Tarifentscheidung im März

umgesetzt werden. Das Gesamtgefüge der Besoldung der Beamten auf der einen und der angemessenen Bezahlung der Tarifbeschäftigten auf der anderen Seite gerate dadurch in Schieflage. Nach Ansicht des Amtschefs wird nun das vom Verband schon lange geforderte höhere Eingangsamt für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger realistisch.

In Zusammenhang mit der neuen Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten sind die Erfahrungen und Rückmeldungen überwiegend positiv. Ein vollständiges Bild sei indes noch nicht vorhanden, das Ministerium begrüße aber die Weiterleitung konkreter Fälle. Die Aussage laute hier: Was den Dienstbetrieb nicht hindert, solle auch möglich sein. Für ein modernes Arbeitsleben sei dies im Sinne aller Beteiligten mittlerweile selbstverständlich geworden. Dass im Geiste der Vereinbarung vor Ort flexible Gestaltungen erfolgen müssten, werde dadurch nicht gehindert. Der Verband begrüßt diese Ausrichtung des Ministeriums ausdrücklich!

Mobiles Arbeiten

Nachwuchsgewinnung

Zum Thema Nachwuchswerbung berichtete Astrid Grunwald vom Projekt „Mach Gerechtigkeit“, welches demnächst auch den Rechtspflegerbereich umfassen werde. Eine verstärkte Präsenz soll zudem auf Berufsmessen, Schulinformationstagen oder Gerichten erfolgen. Auch würden Überlegungen anstehen, den LPA-Test der letzten drei zurückliegenden Jahre für eine Bewerbung zu öffnen. Über den (mangelnden) Bekanntheitsgrad des LPA-Tests wurde ebenfalls diskutiert. Fest steht, dass der Weg über soziale Medien besonders wichtig für die heutige Generation ist, weshalb sich auch der Verband an diese Entwicklungen weiter anpassen muss.

Das Thema KI/LegalTech stand erneut auf der Tagesordnung. Der unterstützende Einsatz im Bereich Organisation, Strukturierung und Unterstützung wird vom Verband weiterhin begrüßt. Erfreulicherweise wird dem Vorstand hier unverändert gefolgt. Weitere Programme zur Unterstützung der Servicekräfte und Sachbearbeiter zur automatischen Benennung und Sortierung von Eingängen zur E-Akte sowie automatisierte Programme zur Anonymisierung von Entscheidungen werden zurzeit erforscht.

Künstliche Intelligenz

Betreuerentlassung: Übertragung auf den Rpfl?

Durch das neue Betreuungsgesetz zum 01.01.2023 wurde auch eine Anpassung der Verordnung zur Übertragung richterlicher Geschäfte notwendig. Unserem Vorschlag auch die Entlassung ungeeigneter Betreuer auf den Rechtspfleger zu übertragen, wurde zunächst nicht gefolgt. In der Hauptverwaltungssitzung konnte der Amtschef jedoch von den Vorteilen überzeugt werden und er sagte eine erneute wohlwollende Prüfung unseres Vorschlags zu.

Für das Projekt der Verlagerung des Fachbereichs Rechtspflege von Starnberg nach Pegnitz sei das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat weiterhin federführend. Auf Frage der Vorsitzenden teilte Dr. Hagen mit, dass zum Zeitpunkt des Umzuges noch immer keine seriösen Aussagen getroffen werden können. Die Planungen zum Ankauf eines zwischenzeitlich gefundenen und geeigneten Grundstücks schreiten voran.

FH-Verlagerung

Verfasser: Jonas Neuhäuser

Trauer um Ehrenmitglied Karl Weiß

Mit großer Trauer haben wir erfahren, dass unser Ehrenmitglied Karl Weiß am 9. März 2023 verstorben ist.

Weiß wurde im Januar dieses Jahres 98 Jahre alt. Er war von 1964 bis 1970 Mitglied im Vorstand des Verbands Bayerischer Rechtspfleger. Von 1975 bis 1986 war er Bundesvorsitzender des BDR und von 1983 bis 1989 Präsident der Europäischen Union der Rechtspfleger.

Nach einem Notabitur, eineinhalb Jahren Kriegsdienst und vier Jahren russischer Kriegsgefangenschaft, trat er 1950 als Rechtspflegeranwärter in den bayerischen Justizdienst ein. Das AG Bayreuth, OLG Bamberg, AG Bamberg, AG Sonthofen, AG München und das Bayerische Staatsministerium der Justiz waren Stationen seiner beruflichen Tätigkeit. Er war bis zuletzt an der Entwicklung des Rechtspflegers interessiert und hat sich Zeit seines Lebens engagiert für unseren Berufsstand eingesetzt. Unvergessen bleibt er uns auch als Autor unserer Chronik, die er 1999 für uns geschrieben hat.



Bild: Karl Weiß 2020 bei seinem 95. Geburtstag

Wir bedanken uns sehr für sein jahrzehntelanges Engagement.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Claudia Kammermeier

im Namen der gesamten Vorstandschaft und Kollegen

Peter Hofmann erhält die Bayerische Justizmedaille

Die Justizmedaille ist eine Auszeichnung für Menschen, die sich in Bayern große Verdienste um die Justiz erworben haben. Zu den Geehrten zählt seit 23. März 2023 auch unser ehemaliger Landesvorsitzender Peter Hofmann.



Bild v. links:

Justizminister Georg Eisenreich überreicht Peter Hofmann die Auszeichnung

Quelle: Bay. Staatsministerium der Justiz

"Sie setzen Ihre Freizeit ein, um anderen Menschen zu helfen und großartige Projekte voranzubringen. Dafür möchte ich Ihnen im Namen der Justiz herzlich danken", so Justizminister Georg Eisenreich bei der Verleihung der Medaille nebst Anstecknadel.

In seiner Laudatio hob der Minister zusätzlich neben dem sehr großen Einsatz für die Nachwuchsförderung die erfolgreiche Arbeit von Peter Hofmann als Leiter der Landesjustizkasse in Bamberg hervor, die er auch durch schwierige Zeit geführt habe. Er habe sich insgesamt weit über das gewöhnliche Maß hinaus für die Justiz, den Rechtsstaat und die Gemeinschaft verdient gemacht. Mit viel Sachverstand und Empathie brachte er sich im Hauptpersonalrat ein und vertrat erfolgreich die Interessen der Beschäftigten. Zudem war er ehrenamtlich 20 Jahre im Vorstand des Verbands Bayerischer Rechtspfleger tätig, davon 10 Jahre als Vorsitzender, und engagierte sich mit großem Einsatz im Bund Deutscher Rechtspfleger und im Bayerischen Beamtenbund.

Zu der besonderen Ehrung gratulierte auch der Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg Lothar Schmitt. Er freue sich, dass mit dieser Auszeichnung auch die engagierte und empathische Arbeit von Herrn Hofmann gewürdigt werde.

Gleichzeitig mit Hofmann wurden weitere 12 Persönlichkeiten für ihre herausragenden Verdienste ausgezeichnet.

Rollentausch – Herr Minister, bitte übernehmen Sie!

Justizminister Georg Eisenreich schlüpfte im März 2023 für einige Stunden in den Dienst der Serviceeinheiten. "Als Büromanager der Gerichte und Staatsanwaltschaften leisten Justizfachwirte und Arbeitnehmer einen unverzichtbaren Beitrag für die Arbeit der Justiz.", so Eisenreich.

Nach einer erfolgreichen Station beim Justizwachmeisterdienst des Oberlandesgerichts München übernahm der Minister vorübergehend den Dienst einer Serviceeinheit des Landgerichts München I. Das Fazit des „Chefs“:

"Die Arbeit in einer Serviceeinheit ist sehr verantwortungsvoll und abwechslungsreich. Die Mitarbeiter bearbeiten u. a. elektronische Gerichtsakten, führen in Gerichtsverhandlungen Protokoll, fertigen Haftbefehle oder Urteile aus, berechnen Gerichtskosten, erteilen Auskünfte, nehmen Anträge entgegen oder laden Zeugen vor. Die Justizfachwirtinnen und -fachwirte sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die ersten Ansprechpartner der Justiz, also die Gesichter der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ohne ihren Einsatz könnten die Gerichte und Staatsanwaltschaften ihre wichtigen Aufgaben nicht erfüllen."

Dem konnte unsere Vorsitzende Claudia Kammermeier, die als Personalvertreterin dabei sein durfte, nur zustimmen. Sie stand den Beschäftigten als offenes Ohr für ihre Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Den Arbeitsbereich der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger möchte sich der Minister am Amtsgericht Regensburg genauer ansehen. Ein Termin steht derzeit jedoch noch nicht fest.



Bild: Kammermeier und Eisenreich

Weitere Zusammenarbeit mit dem JVB, um Synergieeffekte zu nutzen.

Der JVB (Landesverband der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten) und der Verband Bayerischer Rechtspfleger haben im vergangenen Jahr beschlossen, bei gemeinsamen Themen noch enger zusammenzuarbeiten. Deshalb trafen sich die Vertreter beider Berufsverbände am 16. März 2023 erneut im Münchener Justizpalast, um sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Es geht darum, die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Justiz zu stärken – sowohl intern in den Behörden sowie auch extern im Landtag.

Mit dem JVB verbindet unser Verband zahlreiche Gemeinsamkeiten. Beide Fachgewerkschaften sind beim Bayerischen Beamtenbund (BBB) organisiert. Zusammen bilden die Mitglieder die Mehrheit im Hauptpersonalrat beim Bayerischen Staatsministerium der Justiz.

Diesmal standen insbesondere Nachwuchsgewinnung und Mitgliederwerbung wieder ganz oben auf der gemeinsamen Tagesordnung. Außerdem wurde die Gründung einer Arbeitsgruppe für gemeinsame Schwerpunktthemen vereinbart. Daneben wurde das Lobbyregistergesetz und nicht zuletzt die nächsten Personalratswahlen thematisiert.



*Bild v. links: Klaus Zacher, Thomas Benedikt, Alexander Sammer, Christine Hofstetter, Ralf Simon, Claudia Kammermeier, Jonas Neuhäuser, Iris Rädlinger-Köckritz, Werner Felkl
(Alexander Hannes war ebenfalls dabei, fungierte aber als Fotograf)*

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und gemeinsame Ergebnisse!

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

Email: rpfl.bayern@t-online.de

Weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter <http://rechtspfleger-bayern.de>

Vorsitzende: Claudia Kammermeier, Rosenheim,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Kerstin Seidl,

Amtsgericht Cham, Kirchplatz 13, 93413 Cham

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, dass sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu Eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.